

"Die Demokratie muss erlebt werden"

Autor(en): **Ritschard, Willi**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **74 (1979)**

Heft 4-de

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-174833>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Die Demokratie muss erlebt werden»

In den letzten Jahrzehnten ist der Staat uns allen näher an die Haut gerückt. Vielen ist er unter die Haut geraten. Unser Wohlstand und der uneingeschränkte Nutzen, den wir daraus ziehen wollen, zwingen den Staat vor allem zu technischen Massnahmen. Er muss Kehricht verbrennen, Abwasser reinigen, Verkehrswege bauen, Kraftwerke, Hochspannungsleitungen bewilligen, und dann eben auch Waffenplätze, um allfällige Neider abzuhalten.

So begegnet uns der Staat als Veränderer, oft auch als Störer und als Zerstörer. Deshalb steigern wir uns allmählich in ein Unbehagen hinein vor der technischen Ausrüstung unseres Landes, vor der Infrastruktur. Das ist sicher ein ehrliches Unbehagen. Aber es ist trotzdem nicht zu Ende gedacht. Jeder will zwar die Infrastrukturen aller Art für sich geniessen und ausnützen, aber keiner will sie bei sich haben.

*

Es gibt Gemeinden und Quartiere, die wollen kein Behindertenheim und keine Drogenklinik haben. Deshalb wird neuerdings im Zeichen der «Demokratisierung» die Regionalabstimmung gefordert und praktiziert, und zwar auch für Werke, auf die wir im nationalen Interesse nicht verzichten können. Eine solche Demokratisierung – das Diktat von Minderheiten – macht dann den Egoismus zur Staatsraison.

*

Die Grenzen der Demokratie, der Volksherrschaft – das ist meine Überzeugung – liegen da, wo die Bereitschaft aufhört, etwas zu dulden, das andern Vorteile verschafft. Wir leben so dicht ineinander und sind so hoch mechanisiert, dass Geniessen und Dulden sich nicht mehr trennen lassen. Wenn wir nicht mehr zum Dulden bereit oder fähig sind, müssen wir uns über die Verzichteeinigen. Das ist aber nur im nationalen Gespräch möglich, wenn es nationale Interessen berührt. Darin liegt das Verführerische an der demokratischen Regionalisierung: Sie will die eidgenössische Solidarität künftig auf den Genuss der Vorteile beschränken.

*

Der Föderalismus ist früher gelegentlich verspottet worden. Er war ein Thema für Karikaturisten und für das Kabarett. Und wenn Föderalismus mit Engstirnigkeit, Eigenbrötlerei mit rückständigem Denken verwechselt wird, ist Spott auch berechtigt. Aber es gibt Leute, die davon ausgehen, dass es im Zeitalter der Integration, in der modernen Industriegesellschaft, und unter dem Einfluss der Massenmedien überhaupt, keine regionalen Unterschiede mehr gebe. Sie haben aber nicht recht. Wenn wir je einmal unsere föderalistische Struktur aufgegeben hätten, müssten wir heute mühsam den Weg zurück suchen.

*

Es ist nicht wahr, und ich lasse das trotz der häufig recht schwachen Stimmbeteiligung nicht gelten, dass der Bürger Abschied genommen hat vom Staat und von den öffentlichen Belangen. Er ist interessiert. Aber er will die Früchte seiner Entscheide reifen sehen. An den Entscheiden in der Gemeinde ist dieser gleiche Bürger direkter beteiligt. Was hier heute beschlossen wird, ist morgen so. Der Bürger sieht, dass sein Ja einen Sinn hatte und auch das Nein wird besser verkraftet. Fast nur in der Gemeinde-Demokratie können Minderheiten Vertrauen in den Staat bekommen. Eine Gemeindebehörde verwaltet deshalb mehr als ein Budget. Sie ist auch für demokratische Gesinnung und für den demokratischen Geist im Lande ganz wesentlich mitverantwortlich.

*

In der Politik der Gemeinde muss konkretes Politisieren, echter Pragmatismus, noch möglich sein. Wenn es der Bürger hier in Euren Gemeinden nicht erlebt – dann wird er Demokratie überhaupt nirgends mehr direkt erleben können. Nur die kleine Gemeinschaft ist fähig, dem Bürger den Sinn für das Zusammenleben in der grösseren Gemeinschaft zu lehren. Und Demokratie muss erlebt werden. Nur wenn sie erlebt wird, kann sie auch gelebt werden!

Bundesrat Willi Ritschard,
aus einer Rede vor dem
Schweizerischen Gemeindeverband